

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

25/5

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Betrifft: Verordnung der Bundesregierung über den Schutz der Bediensteten vor der Einwirkung durch elektromagnetische Felder (Verordnung elektromagnetische Felder Bund - B-VEMF)

Die Richtlinie 2013/35/EU über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (elektromagnetische Felder) (20. Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/40/EG, ABl. Nr. L 179 vom 29.06.2013 S. 1, in der Fassung der Berichtigung ABl. Nr. L 120 vom 13.05.2015 S. 62, war bis 1. Juli 2016 in innerstaatliches Recht umzusetzen. Mit dieser Richtlinie werden Mindestvorschriften zum Schutz vor elektromagnetischen Feldern (EMF) am Arbeitsplatz im Frequenzbereich zwischen 0 Hz und 300 GHz festgelegt und die zuvor bestehende EMF-Richtlinie 2004/40/EG aufgehoben.

Für den Bereich der Privatwirtschaft wurde mit BGBl. II Nr. 179/2016 die Verordnung des Bundesministers für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz über den Schutz der Arbeitnehmer/innen vor der Einwirkung durch elektromagnetische Felder (Verordnung elektromagnetische Felder - VEMF) erlassen.

Die Richtlinie 2013/35/EU soll nunmehr durch die Verordnung elektromagnetische Felder Bund - B-VEMF auch für die Bundesbediensteten umgesetzt werden.

Um für die Bediensteten des Bundes dasselbe Schutzniveau wie für Arbeitnehmer/innen der Privatwirtschaft zu gewährleisten, werden die Bestimmungen der für die Privatwirtschaft geltenden Verordnung elektromagnetische Felder -VEMF, BGBl. II Nr. 179/2016, mit einigen Maßgabebestimmungen in den Dienststellen des Bundes für anwendbar erklärt.

Hinsichtlich der im Entwurf enthaltenen Änderungen besteht sozialpartnerschaftlicher Konsens.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle dem beiliegenden Entwurf einer Verordnung der Bundesregierung über den Schutz der Bediensteten vor der Einwirkung durch elektromagnetische Felder (Verordnung elektromagnetische Felder Bund - B-VEMF) ihre Zustimmung geben.

6. Dezember 2016
KERN